



ZUGESTELLT DURCH POST.AT

Kindberger Volksstimme



AUSGABE 3

ZEITUNG DER KPO STEIERMARK

DEZEMBER 2016

Armut macht krank

Jetzt droht auch noch im Gesundheitswesen eine Einsparungswelle

Die Landespolitik will das Gesundheitswesen in der Steiermark „Gesund schrumpfen“. Hoher Werbeaufwand wird betrieben für Pläne, die bis ins Jahr 2035 reichen. Zentralisierung im Spitalswesen und Primärversorgungszentren anstatt niedergelassener Hausärzte sollen das Wunder vollbringen: Sinkende Kosten für ein besser funktionierendes Gesundheitswesen.

Wer nicht gefragt wurde: Die Betroffenen, die Menschen, die ein gut funktionierendes, kostenloses Gesundheitssystem brauchen, die Hausärzte, die das Rückgrat des derzeitigen Systems bilden, die Krankenkassen.

Der steirische Ärztekammerpräsident Herwig Lindner: „Wir warnen vor der Verschlechterung, die gefährlich für die Patienten ist. Deshalb will man uns Ärzte eliminieren. Die Gesundheitspolitik wird von Finanzern, Technikern etc. gemacht, aber nicht von Ärzten, die das System kennen.“ Und sein Kärntner Amtskollege Josef Huber: „Die Politik spielt nicht mit offenen Karten. Für 75

geplante Primär-Versorgungszentren werden 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aber das Geld wird aus dem bestehenden System genommen, wodurch es dort fehlt. Mit anderen Worten: Diese Zentren fressen die Kassenstellen. Die Versorgung wird schlechter.“

Letztendlich geht es um die Unterwerfung des Gesundheitswesens unter die Regeln des Kapitalmarktes. Private Anbieter stehen vor der Tür. In der Schweiz hat der Handelskonzern Migros Kassenstellen aufgekauft. Auch bei uns gibt es Pläne von privaten Anbietern, wenn Versorgungszentren kommen. Es trifft die sozial Schwächeren. Man wird

eine Basisversorgung auf einem hinunternivellierten Niveau schaffen. Jeder, der es sich leisten kann, wird für Wahlärzte zahlen. Aber was ist mit jenen Menschen, die sich den Wahl-

arzt nicht leisten können?

Zunehmend unter Druck geraten die Krankenkassen. Sie verwalten das Krankenkassengeld, das von den arbeitenden Menschen eingezahlt wird: Auch wenn wir mit der Krankenkasse nicht immer zufrieden sind – es gibt hier zumindest demokratische Selbstverwaltungsstrukturen. So möchte der neoliberale Zeitgeist die

Krankenkassen lieber heute als morgen abschaffen – riesige Summen würde in den privaten Kapitalmarkt fluten.

Wir Patienten unterstützen den Protest der Ärzte gegen eine „Reform“, die wieder einmal nur Kürzungen und Verschlechterungen mit sich bringt. Wir sind für ein Gesundheitswesen, das den Menschen und nicht das Kapital in den Mittelpunkt stellt.



Erholsame Feiertage und ein Friedliches Jahr 2017 wünscht

KPÖ-Gemeinderat
Gernot Omerović



Wohnbeihilfe: Nicht lockerlassen!

Schon jetzt fast 10.000 Unterschriften für Rückkehr zur Wohnbeihilfe

Drei Monate, nachdem die Wohnbeihilfe durch die „Wohnunterstützung“ ersetzt wurde, musste Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) das erste Mal die Notbremse ziehen. Im Oktober hat die KPÖ zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Über 1000 Steirerinnen und Steirer gingen in Graz gegen die Kürzung auf die Straße und fast 10.000 haben unsere Petition gegen das unsoziale Gesetz unterschrieben.

Jetzt wird das Gesetz teilweise repariert. Der Widerstand hat sich ausgezahlt.

Der Kampf geht weiter!

Aber noch sind nicht alle Probleme gelöst. Während Beziehende von kleinen Einkommen und Pensionen vermutlich von der Reparatur profitieren, wird die Familienbeihilfe weiter zum Einkommen gerechnet. Wir setzen uns weiterhin dafür

ein, dass diese Regelung vollständig zurückgenommen wird. Notwendig ist eine Rückkehr zur Regelung, die bis 2009 gültig war. Eine automatische Inflationsanpassung wäre wünschenswert. Sind derzeit doch gerade die Mieten die größten Preistreiber.

Bitte unterstützen Sie un-



sere Aktion, damit Familien mit geringem Einkommen nicht auf der Strecke bleiben!

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen

Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September 2016 haben SPÖ und ÖVP die **Wohnbeihilfe** in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere **Wohnunterstützung** ersetzt.

Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



Unterschriften bitte an: KPÖ Steiermark,
Landtagsklub der KPÖ, Herrengasse 16/3, 8010 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 877-5102
Fax: 0316 / 877-5108 • E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at • www.kpoe-steiermark.at



KPÖ protestiert gegen Gewinnentnahme

Beim Budgetbeschluss in der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde mitbeschlossen, einen Großteil des Gewinnes, knapp 50.000 Euro, welcher bei der Abfallbeseitigung anfällt, in den allgemeinen Haushalt umzuschichten.

Dagegen protestierte KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic: „Das ist das Geld

der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler, das ist der falsche Weg. Wenn wir das Geld schon einheben, sollte es zu den Rücklagen fließen, wenn zum Beispiel einmal etwas repariert werden muss. Auch beim Kanal und beim Wasser bilden wir kaum Rücklagen, das sollte zumindest längerfristig bedacht werden.“



Endlich kommt die S-Bahn auch in die Obersteiermark. Eingesetzt werden die modernen City-Jets.

S-Bahn: Ein Erfolg der KPÖ

Dieser Tage bekamen viele Kindberger Haushalte Post von der SPÖ. In einer Werbesendung ließ sie sich für die Einrichtung der S-Bahn in der Obersteiermark feiern.

Die S-Bahn ist eine gute Sache, sie hat aber mehrere Väter! „Ich habe bereits vor über einem Jahr darauf gedrängt, dass die S-Bahn kommen soll. Auch in vielen anderen Gemeinden war es die KPÖ, welche dieses wichtige Thema überhaupt erst zur

Sprache gebracht hat,“ erinnert KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic an seine Initiative. Der Eisenbahner freut sich, dass der schienengebundene öffentliche Verkehr derart ausgebaut wird. „Schade ist nur, dass die Durchbindung bis Trofaiach nicht kommt, das würde den obersteirischen Zentralraum zusätzlich aufwerten“, so Omerovic.



Ihre Anliegen im Gemeinderat



Ein Schritt in die falsche Richtung

Liebe Kindbergerinnen und Kindberger!

In der Dezembersitzung des Gemeinderates wurde das Budget für das neue Jahr beschlossen. Ich habe im Namen der KPÖ dagegen gestimmt, weil darin die Verteuerung der Mieten bei den Gemeindewohnungen enthalten ist. Das ist ein unsozialer Schritt in die falsche Richtung.

Die Gemeinde sollte bei ihren Wohnungen immer vorbildlich sein. Die Gemeinde ist keine Firma, sondern sie besteht aus Menschen und muss für die Menschen da sein. Daher müssten soziale Argumente mehr zählen als nur das Geld. Auch wenn die SPÖ sagt, die Wohnungen wären immer noch im Vergleich recht günstig, muss man bedenken, dass manche Wohnungen sich in Zukunft um 80 Prozent verteuern werden.

Gerade Menschen mit geringen Einkommen oder Mindestpensionisten werden von den Erhöhungen hart getroffen. In Graz oder in Mürzzuschlag gibt es – auf Betreiben der KPÖ – Modelle, wo Menschen mit geringem Einkommen eine Zuzahlung zu den Mieten erhalten. So ein Modell würde solche Verteuerungen abfedern. Es wäre wünschenswert, auch in Kindberg so ein Mietzinszuschlagsmodell einzuführen.

Meint Ihr KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Die Kindberger Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Die EU kommt uns zu teuer

KPÖ wählen!

www.kpoe-steiermark.at

Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass wir einen **neuen Bundespräsidenten** haben. Jetzt wird sich zeigen, ob die Hoffnungen und Ängste vor der Wahl berechtigt waren. Eines ist aber sicher: Für die arbeitende Bevölkerung gibt es nur dann Verbesserungen, wenn sie sich selbst auf die Füße stellt. Kein Bundespräsident bringt Arbeitsplätze und soziale Sicherheit.



...dass Wachstum nur gut ist, wenn alle davon profitieren. Die **großen Konzerne** gehen aber dorthin, wo sie selbst am meisten profitieren, und sperren anderswo Betriebe zu. Das erzeugt Arbeitslosigkeit.



...dass die **S-Bahn** mit 11. Dezember in der Mur-Mürzfurche gestartet ist. Leider nur bis Unzmarkt. Nach Neumarkt und bis zur Kärtner S-Bahn nach Friesach klafft noch eine Riesen-Lücke



...dass die Österreicher laut Statistik monatlich 1970 Euro ausgeben. Die Meisten geben aber nicht so viel Geld zur Verfügung. Die Reichen geben viel mehr Geld aus, die Armen viel weniger.



...dass **Ski-fahren** schön langsam zum Luxus wird. Praktisch alle Skigebiete haben ihre Preise deutlich über der Inflationsrate erhöht.



...dass der ORF eine Finanzierungslücke von 42 Millionen Euro präsentiert hat. Die **Erhöhung der ORF-Gebühren** steht im Raum.



Ernesto "Che" Guevara und Fidel Castro

Fidel Castro 1926 – 2016

Wir trauern um Fidel Castro und wünschen der Bevölkerung von Kuba eine positive Entwicklung ihres Landes auch in Zukunft. Der Name und das Wirken von Fidel Castro sind untrennbar mit der kubanischen Revolution verbunden, die am 1. Jänner 1959 die Herrschaft des Diktators Fulgencio Batista stürzte und sich daran machte, Armut, Analphabetismus und koloniale Ausbeutung zu beseitigen.

Eintragungswoche
23. bis 30. Jänner 2017
**auf Ihrer Gemeinde/
Ihrem Magistrat**

KLEIN, aber MIT BISS



Die Politiker versprechen uns derzeit im Wochentakt zehntausende neue Arbeitsplätze. Hoffentlich fallen auch für uns einige ab.

Pensionen 2017: Nur Almosen?

Das Jahr geht zu Ende und die Pensionisten werden mit einer Anhebung von 0,8 Prozent abgespeist. Als Krönung hat man jetzt auch noch ein Almosen von 100 Euro bewilligt. Das bedeutet für Mindestpensionisten: Zusam-

mengerechnet gerade einmal 15 Euro mehr im Monat. Dabei betrug die Inflation im Oktober 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das ist der höchste Wert seit November 2014. Vor allem Lebensmittel, Energie und Wohnen werden teurer. Das bedeutet, dass sich die älteren Menschen immer weniger leisten können.

Reallohnverlust

Aber auch die Arbeiter und Angestellten haben es nicht viel

Betrug an den Pensionisten!

PREISERHÖHUNGEN:

Milch	11,8 %
Butter	20,7%
Pensions- erhöhung	0,8%

leichter: 1,3 Prozent bei den Handelsangestellten und 1,7 Prozent bei den Metallern bedeuten einen Reallohnverlust. Bei den steirischen Politikern ist von Einkommensverlusten nichts zu bemerken.

Die Bezüge der Landespolitiker 2017

brutto, 14 mal im Jahr

Landeshauptmann H. Schützenhöfer	16.636 Euro
LH Stv. Schickhofer	15.760 Euro
Landesräte	14.884 Euro
Erster Landtagspräsident	11.820 Euro
Landtagspräsident-Stellvertreter	7.442 Euro
Klubobleute	10.944 Euro
Landtagsabgeordnete	5.691 Euro